Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom preußischen Landtag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

mir vor, auf diese Industrieausstellung zurückzukommen und theile Ihnen heute nur als Charakteristicum mit, daß auf dem Eröffnungsballe sämmtliche Damen in baumwollenen, im Elsaß fabrizirten Kleidern, nicht in Spitzen, Sammt und Seide, erscheinen müssen. Das ist eine sehr sinnreiche Idee, in welcher das utile cum dulci auf das Geschmackvollste vereint erscheint.

Schließlich mache ich noch darauf aufmerksam, daß vor Kurzem ein neuer (der elfte) Band der „Alsatia", der rühmlichst bekannten Jahresschrift des verdienten Mülhauser Bibliothekars, Aug. Stöber erschienen ist. Der reiche und mannichfaltige Inhalt dieses Bandes legt neues Zeugniß ab für die Gediegenheit und Trefflichkeit des im Jahre 1851 gegründeten Werkes.

μ.

Vom preußischen Landtag.

Berlin, den 7. Mai 1876.

Am 2. Mai beschäftigten die Abgeordneten sich wiederum mit der Eisenbahnvorlage, nämlich in dritter Lesung. Ich vermeide an dieser Stelle, wie ich auch schon im vorigen Brief gethan, auf den Inhalt der großen Frage eines einheitlichen Reichsbahnsystems einzugehen. Dieses Eingehen wird an der Zeit sein, wenn die Frage da zur Berathung steht, wo sie überhaupt nur entschieden werden kann, nämlich im Reichstag. Uebrigens wissen die Leser dieser Briefe, daß ich der Nothwendigkeit des Uebergangs der Eisenbahnen in Reichsbesitz an dieser Stelle längst Ausdruck gegeben, wenn auch nur gelegentlich und ohne ausführliche Begründung.

Der Landtag hatte die Frage überhaupt nicht zu entscheiden. Er hatte nur der Staatsregierung die erbetene Vollmacht zu ertheilen, dem Reich die preußischen Staatsbahnen zum Ankauf anzubieten und die staatlichen Aufsichtsrechte an das Reich abzutreten. Natürlich konnte und mußte im Landtag bei Berathung dieser Vollmacht gefragt werden: wo will die Staatsregierung damit hinaus? Denn daß der Erwerb des jetzigen preußischen Staatsbahnbesitzes allein, ohne Vervollständigung desselben, dem Reich wenig fruchten würde, leuchtet ein. Wo nun die Regierung hinaus will, hat der Reichskanzler am 26. April gesagt. Die preußische Regierung erkennt die Nothwendigkeit eines consolidirten Staatsbahnbesitzes für den Verkehr wie für die Vertheidigung, für die Wirthschaft wie für die Politik. Aber die preußische Regierung glaubt, der Staat, in dessen Händen dieser Besitz die beste Frucht dem deutschen Volke bringen könne, sei der deutsche Staat. Erst wenn dieser

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

den Erwerb nicht machen kann oder will, kommt der preußische Staat in Frage. Darum hat die preußische Regierung sich die Vollmacht erbeten, dem Reich ihren Staatsbahnbesitz als Kern eines zu consolidirenden Reichsbahnbesitzes anzutragen. — Die Vollmacht ist auch in dritter Lesung ertheilt worden, mit noch etwas größerer Majorität — 216 gegen 160 Stimmen — als bei der zweiten Lesung. Unter den Rednern war diesmal Heinrich von Sybel als Anwalt der Vorlage am glücklichsten. Dem Für und Wider im Einzelnen zu folgen, unterlasse ich aus dem schon angegebenen Grunde, da sämmtliche Redner die Vollmacht nicht vom preußischen Standpunkte, sondern vom deutschen besprachen.

An diesen ersten Sieg der Regierung in dieser großen Frage, an welcher die hochheilsamsten Folgen in vielfacher Beziehung hängen, knüpft sich bereits jetzt eine erfreuliche und heilsame Folge. Das Band zwischen der nationalen Partei und dem Kanzler, das vor einiger Zeit gelockert schien, ist wieder geschlossen und, irren wir nicht, fester als je geschlossen. Die nationale Partei hat gezeigt, daß, wo es sich um die wahren Lebensfragen des Reiches, um die Lebenskraft der Einheitsinstitutionen handelt, sie den guten scharfen Instinct sich bewahrt und ebenso den Muth, nach diesem Instinct zu handeln. Vortrefflich sagte Lasker am 26. April: es kommt darauf an, dem Reich mehr unmittelbaren staatlichen Inhalt zu geben; warum man vor diesem Inhalt zurückschrecke, wenn man Freund des Reiches sein wolle? Mit dieser Erkenntniß und mit diesem Streben wird die nationale Partei die wahre Stütze des Kanzlers im Volke bleiben, die seinem Werke unentbehrlich ist.

Die Gegner des Kanzlers freilich wußten eine unerwünschte Folge des Reichsbahnsystems schon jetzt namhaft zu machen. In der stärksten Weise erklärte der Kanzler am 26. April, daß der Rücktritt des Ministers Delbrück nicht durch irgend eine Differenz in der Behandlung der Reichsgeschäfte herbeigeführt sei. Aber Redner und Blätter des Centrums und des Fortschritts wetteifern, den Minister Delbrück zum Märtyrer des Reichsbahnplanes zu machen. Gegen einen solchen Willen ist einstweilen nichts auszurichten. Die Stunde wird kommen, wie wir glauben, wo Herr Delbrück selbst für die Begründung des Reichsbahnbesitzes eintritt. Wenn aber die Gegner fragen, warum er das nicht sofort gethan, auch wenn er aus andern Gründen gehen mußte, so ist die Antwort: daß das Eintreten Delbrück's in einem entscheidenderen Stadium wichtiger ist für den Plan, als im gegenwärtigen Moment des Vorstadiums, dessen glückliche Zurücklegung gesichert war. Ueberdies hat Herr Delbrück, obschon preußischer Staatsminister, diese Eigenschaft stets als Accidens seiner Reichsdienerstellung betrachtet; als Reichsdiener aber hatte er im Landtag nicht das Wort zu nehmen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Am 3. Mai stand ein Antrag des Abg. Kapp zur Berathung: die Staatsregierung zur Kündigung des sogenannten Accessionsvertrages mit dem Fürsten von Waldeck aufzufordern. Wenn nämlich die Kündigung im Laufe dieses Jahres nicht erfolgt, so gilt der Vertrag stillschweigend als bis 1887 verlängert. Es zeigte sich, daß über die Zweckmäßigkeit der Kündigung alle Welt, Regierung und Haus, einverstanden war. So wurde denn der Antrag von seinem Einbringer als überflüssig zurückgezogen. Auf die Einzelheiten, welche an dem jetzigen Vertrag bemängelt wurden, wollen wir nicht eingehn, aber eine allgemeine Bemerkung anschließen.

Die Waldecker sind bedauernswerth, daß sie, die nichts lieber möchten, als in Preußen aufgehn, die im Accessionsvertrag nur unzureichend verminderte Last eines eigenen Staatswesens unabsehbar fortzutragen verurtheilt sein sollen. Wer verurtheilt sie? Nicht ihr Fürst, der die Last seiner Souveränität längst bereit war, formell wie materiell abzulegen. Wer also? Man sagt, das Reichsinteresse, denn bei einem Aufgehen Waldecks so wie andrer Kleinstaaten in Preußen würde die führende Macht des Reichs die mit der Annexion verschwindenden Stimmen der von ihr abhängigen stimmführenden Staaten verlieren. — Darauf sagen wir nun: warum bringt die nationale Partei nicht einen Antrag ein, daß bei einem freiwilligen Aufgeben der Souveränität seitens eines Bundesstaats zu Gunsten Preußens dem preußischen Staat mit dem Gebiet und den Bürgern des accrescirenden Staates auch dessen Stimmen im Bundesrath accresciren? Gerade so accresciren die Banknotenbefugnisse der in der Bankakte aufgezählten Zettelbanken der Reichsbank, wenn eine dieser Zettelbanken sich selbst schließt oder wenigstens ihr Notenprivilegium aufgiebt. Wir hätten sehr angezeigt gefunden, wenn der Abg. Kapp bei seinem Verlangen, den Accessionsvertrag zu kündigen, den so natürlichen Gedanken angeregt hätte, dafür einen Accretionsvertrag zu schließen.

Am 4. und 5. Mai erfolgte die zweite Berathung des Gesetzes über die evangelische Kirchenverfassung. Ueber alle dieses Gesetz bedingenden Grundsätze ist früher so ausführlich gehandelt worden, daß nichts mehr nachzuholen geblieben. Die Regierungsvorlage hatte durch die Berathung der Commission im Ganzen keine principiellen Aenderungen erfahren. Ein höchst unzweckmäßiger Zusatz, daß das Staatsministerium ein den Staatsgesetzen widersprechendes Kirchengesetz durch den Antrag auf eine aufhebende kürzliche Verordnung zu beseitigen gehalten sei, wurde glücklicherweise verworfen. Den Urhebern dieses Zusatzes genügte die Ueberordnung der Staatsgesetze über die Kirchengesetze nicht, und im blinden Eifer ihrer Kirchenfeindlichkeit übersehen sie, daß sie das Staatsministerium in eine unmögliche Lage brachten, unmöglich gegenüber dem König, gegenüber der Kirche, gegenüber sich selbst, und gegenüber den Gerichten. — Den Fortschrittsrednern, welche abermals für

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

den Independentismus gegen die Kirche eintraten, antwortete Heinrich v. Sybel in einer Weise, die wir deshalb nicht loben dürfen, weil sie aufs genaueste mit den hier gegebenen Ausführungen über diesen Punkt übereinstimmt. Schließlich mußte noch Herr Virchow durchdringen mit dem Zusatz, daß die Landeskirche bei der Besetzung der theologischen Professoren nicht mitwirken darf. Unglaublich, aber ganz Herr Virchow. Peto, quia absurdum est. Die theologischen Professoren sind für die Landeskirche, aber diese soll über ihre Bedürfnisse nicht gehört werden; sonst natürlich alle Welt. Wir hoffen, daß diese Ungeheuerlichkeit entweder im Herrenhaus beseitigt wird, oder daß in der Praxis die engste Interpretation herrschend wird, so daß man unter der ausgeschlossenen Mitwirkung nur die beschließende Mitwirkung versteht.

Am 6. Mai wurde in erster Lesung die Verlegung des preußischen Haushaltjahres und in zweiter Lesung das Ansiedelungsgesetz berathen, das eine vortreffliche Arbeit ist, uns aber hier bei seinem technischen Charakter nicht beschäftigen kann. C — r.

Ein Besuch bei Ferdinand Freiligrath.

Von Karl Bartsch.

Es war am 15. September 1874. Auf dem Wege zur Philologenversammlung in Innsbruck begriffen, beschloß ich einen Tag in Stuttgart zu verweilen, um die nachgelassene Correspondenz von Franz Pfeiffer etwas durchzusehen und einen alten Freund, Dr. Wilhelm Vollmar, den fleißigen Mitarbeiter an der kritischen Schillerausgabe, nach Jahren wieder einmal zu begrüßen. Nach gegenseitigem Verfehlen kam er am andern Morgen in meinen Gasthof, und im Gespräche über sein Leben und seinen Umgang in Stuttgart nannte er Freiligrath unter seinen näheren Bekannten. Ich äußerte den Wunsch, den Dichter kennen zu lernen, und erfuhr, daß er seit ein paar Monaten nach Canstatt übergesiedelt sei. So machte ich Vollmar den Vorschlag, um 12 Uhr mit mir nach Canstatt zu fahren, worauf er auch gern einging. Am Bahnhofe trafen wir uns wieder und eine Viertelstunde später stiegen wir in Canstatt aus. Nach eingenommenem Mittagessen suchten wir des Dichters Wohnung auf, hörten aber, er sei noch bei Tische, machten daher noch einen kleinen Spaziergang und kamen nach 2 Uhr wieder.

Wir wurden in den Salon geführt und gleich darauf trat Freiligrath ein. Eine kräftige, echt westfälische Erscheinung, weißes volles Haar, der Bart reich und zwischen Grau und weiß gemischt, sein Auge mild und freundlich,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG